Mit Martina Pechilem, Studio Guten Abend.

Randy Wagner gegen DOSCO-Ziel, das Duell um die SPÖ-Führung sollen, eine Mitgliederbefragung plus Parteitag entscheiden, die heutigen Sitzungen der SPÖ-Gremien beobachtet für uns Stefan Carbacher. Wir schalten live zu ihm ins Parlament.

Und um den SPÖ-Führungsstreit geht es auch in der Journal-Panorama-Mitwachsrunde gleich im Anschluss. Astrid Plank diskutiert mit ihren Gästen.

Mit dem Leiter der Ö1-Wirtschaftsredaktion schauen wir uns die Börsen genauer an, die befinden sich weiter auf Talfahrt.

Um das Geld ist es heute auch im britischen Parlament gegangen. Finanzminister Hand hat seine Püchirede gehalten.

In Pakistan ist es zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Anhängern von Ex-Premier Kahn gekommen. Die Wiener Polizei warnt vor einer Anschlagsgefahr, die Hintergründes sind aber Waage. Zuerst aber wie immer der Blick aufs Wetter. Daniel Schlager, bitte. Ein paar Regen, Schnee und Graubelschauer ziehen in den Abendstunden, vor allem von Innsbruck bis Wien, durch. Über Nacht klingen die Schauer wieder ab und es klart verbreitet auf. Auch der Nordwestwind lässt langsam nach und damit wird das Filoarzt frostig. Die Temperaturen senken auf plus ein bis minus neun Grad. Morgen Donnerstag gibt es dann in ganz Österreich einige Sonnenstunden, dazu zeitweise ein paar hohe Wolkenfelder. Meist normäßiger Wind und schon eine Spur milder mit fünf bis vierzehn Grad, die vierzehn vor allem im Westen. In zweitausend Meter Höhe von Ost nach West minus sieben bis plus zwei Grad.

Parmelerin die Wagner gegen Hans-Peter Dorskuzil, so lautet das Duell um die SPÖ-Führung und seit dem Nachmittag beraten die Parteispitzen, wie dieses Duell entschieden werden soll. Geplant ist offenbar eine Mitgliederbefragung und ein außerordentlicher Parteitag. Für uns beobachtet Stefan Kappacher die Sitzungen. Das Präsidium hat sich auf die vorgehensweise Befragung und Parteitag geeinigt. Jetzt tagt noch der Parteivorstand. Was passiert denn dort und vor allem, wie ist denn die Stimmung?

Ja, der Parteivorstand, der ist ja deswegen einberufen worden, weil nur dort die Beschlüsse gefasst werden können über das, worauf man sich im Präsidium geeinigt hat. Sie haben es schon erwähnt, Mitgliederbefragung und danach ein Parteitag, der das Ergebnis dann bestätigen muss. Die Sitzung hat mit gut einer Stunde Verspätung begonnen und wird auch noch eine Weile dauern. Da werden einige der mehr als 50 Vorstandsmitglieder jetzt Dampf ablassen. Viele sind empört, wie es zu der schwierigen Situation der SPÖ überhaupt kommen hat können. Da wird aufgearbeitet. Entsprechend ist auch die Stimmung. Die Präsidiumsmitglieder mit Parteichefin Randy Wagner an der Spitze sind sehr schweigsam zur Vorstandssitzung gebildert. Einigen, die gerne eine rasche Klärung bei einem Sonderparteitag schon Ende April gehabt hätten, denen hat man den Ärger auch angesehen.

Das COZ fordert also Randy Wagner heraus, weiß man denn schon, wie dieses Match genau ablaufen soll.

Ja, eben genau nicht wie ein Match, wo es am Ende eine Sieger oder eine Siegerin und den oder die Besigte gibt. Das erklärte Ziel ist, wenn man hört, einen positiven Wettstreit zu absolvieren. Es soll ein konstruktiver Prozess werden, in dem die Inhalte und Programme

von Randy Wagner einerseits und DOSCO ZIL andererseits in den Vordergrund gestellt werden.

Es ist sogar die Rede von einer gemeinsamen Bundesländer Tour der beiden mit Auftritten in einem gemeinsamen Rahmen. Beide Seiten verpflichten sich, das Ergebnis der Befragung dann auch zu akzeptieren. Man wird sehen, wie und ob das alles gelingt. Zeitlich dürfte sich das im Mai und im Juni abspielen, also nach der Salzburger Landtagswahl, zwei Monate für die Mitgliederbefragung und dann der Parteitag organisieren. Soll das eine neutrale Stelle, vielleicht eine Landesorganisation, das ist noch offen, aber keinesfalls soll das die Bundespartei, also das Team Randy Wagner und Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch machen, da ist das Misstrauen doch noch greifbar.

Und was noch zu erfahren war, Hans-Peter DOSCO ZIL wird zeitnah in den nächsten zwei bis drei Wochen seine Mitstreiter vorstellen, wie es in seinem Umfeld genannt wird. Man könnte auch Schattenkabinett dazu sagen, auf das alle ziemlich gespannt sind. Danke, Stefan Kappacher, für diese Informationen rund um den SPÖ-Führungsstreit. Gerne.

Im Ringen um die Kassenleistungen rund um den Mutter bzw. Eltern-Kind pass stehen die Zeichen auf Einigung. Zwar ist die von der Ärztekammer angedrote Kündigung des Kassenvertrages noch nicht ganz vom Tisch, aber es wird weiter verhandelt. Mehr von Verena Brouha. Die österreichische Ärztekammer wollte bei der Eltern-Kind-Pass-Untersuchung eine Tarifanpassung von 78 Prozent, denn seit 30 Jahren gab es keine Inflationsanpassung. Jetzt dürfte es eine Einigung bei rund 75 Prozent geben. Edgar Wutscher, Vizepräsident der österreichischen Ärztekammer und Bundeskurin Obmann der niedergelassenen Ärzte zeigt sich zufrieden. Das Ministerium

habe nachgelegt.

Tolle Sache. Wir haben gesagt, bei zwei Leistungen, die wir verrechnen, da rechnen wir einen reduzierten

Tarif und damit sind wir dann auf jetzt Basis auf die 75 Prozent teilgekommen und das können wir akzeptieren.

Zwei Punkte gibt es aber jetzt noch zu klären. Zum einen neue Leistungen, die der Eltern-Kind-Pass künftig abdecken soll, wie psychosoziale Beratung, ein weiteres Hebammen-Gespräch oder auch ein zusätzliches Hörscreening für Neugeborene. Zum anderen soll es auch noch Gespräche über die von der Regierung geplante Digitalisierung des Eltern-Kind-Passes geben.

Ich glaube, der gute Wille auf beiden Seiten ist vorhanden und dass wir das wirklich jetzt bis zum 31. März schaffen, dass das gemacht werden kann.

Sagt der Bundeskurin Obmann der niedergelassenen Ärzte Edgar Wutscher.

Wer eine Förderung für eine Photovoltaikanlage haben will, muss schnell sein. Ab 23. März können die neuen Förderanträge gestellt werden. Es wird zwar etwas einfacher Geld für das eigene Kraftwerk zu holen, dennoch bleiben die Regeln kompliziert und obwohl der Fördertopf mit rund 600 Millionen Euro gut gefühlt ist, wird das wohl nicht reichen, berichtet Paul Sihorch.

Es wird etwas leichter für Hausbesitzer, also Private, die eine Photovoltaikanlage gefolgen. Sie können schon vor dem Antrag auf Sonnenstromförderung ein Angebot einholen oder mit dem Projekt starten. Das bringe auch mehr Sicherheit für die Errichter, sagt Vera Imitzer, von der Interessensgemeinschaft der Photovoltaikbranche.

Das heißt, die Unternehmen haben nicht gewusst, wird das Projekt umgesetzt oder nicht. Die Unternehmen haben nicht bestellen dürfen und sind damit in der Luft gehangen. Und jetzt

gibt es die Möglichkeit, dass Privatpersonen mit einem Unternehmen, mit einem Elektriker ein Angebot abschließen. Der Elektriker die Anlage vorbestellt und sogar auch schon montiert.

Die Regel kommt spät, gelte die Verordnung seit jener, hätten die Errichter schon Wochen arbeiten können, sagt Imitzer. Der Druck sei ohnehin groß.

Die Branche gibt der Bestes. Es ist aber leider eben so, dass die Nachfrage extrem hoch ist, was natürlich erfreulich ist. Aber dennoch ist es so, dass ein Großteil der Unternehmen für dieses Jahr eigentlich schon ausgelastet sind und auf nächstes Jahr vertrösten müssen. 600 Millionen Euro stehen laut Klimaschutzministerium zur Verfügung. 250 davon im ersten Förderkoll

der kommende Woche beginnt.

Und es ist davon auszugehen, dass durch neue Projekte und durch diesen Überhang aus dem letzten Jahr eine Punktlandung wird mit dem Budget beziehungsweise, dass in die Nachfrage sogar noch steigen wird und dann wird es mit dem verhandenen Budget nicht ausreichen. Das Versprechen von Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, jeder und jede bekommt eine Förderung

für Sonnenstrom, könnte also unerfüllt bleiben.

Die österreichische Post hat im Vorjahr nicht an das Rekordjahr von 2021 anschließen können.

Zwar schreibt die Post AG für 2022 einen Überschuss von rund 130 Millionen Euro.

Im Jahresabstand sind das aber 30 Millionen oder knapp 20 Prozent weniger.

Hauptgrund dafür ist das schwächere Paketgeschäft Volker Obermeier berichtet.

Im Paket- und Logistikbereich schlägt sich vor allem das Ende der Corona-Zeit und damit der Lockdowns-Zubuche. Schlechter als erwartet hat sich ebenso das Geschäft in der Türkei entwickelt. An ihren Stabil geblieben ist der Sektor Briefe sowie Werbepost, deutlich zugelegt hat die Banksparte. Der Umsatz ist mit etwa 2,5 Milliarden Euro gleichgeblieben.

Post-Chef Georg Pölzler spricht von einem zufriedenstellenden Ergebnis.

Nach den Turbulenzen im Rahmen der Pandemie war es wieder ein Jahr mit einer guten Erholung unserer Geschäftstätigkeit und mit einem sehr respektablen Ergebnis.

Für Heuer erwartet das halbstaatliche Unternehmen zu mindestens ein Umsatz plus.

Die Inflation bleibt bei einer Herausforderung. Konjunktur sowie Kaufkraft sind schwer, vorherzusagen.

Die Börsen sind weiter auf Talfahrt und dafür gibt es mehrere Gründe.

Einerseits die Nachwähne der Pleite der Kalifornischen Silicon Valley Bank, kurz SWB.

Andererseits gibt es jetzt neue Sorgen um die Schweizer Grossbank Credit Suisse.

Vor allem Bankentitel rutschen daher ins Minus.

Bei mir im Studio ist jetzt Michael Fröschel aus unserer Ö1 Wirtschaftsredaktion.

Mit Betroffen ist heute auch wieder die Wiener Börse. Wie schlimm ist der Kursrutsch?

Ja, wenn wir jetzt mal Wien anschauen, ist das schon ein deutlicher Einschnitt.

Um 6,3 Prozent rutscht der ATX heute ab.

Der Aktienindex der Wiener Börse setzt damit seine Talfahrt fort.

Die hat schon am Montag mit einem Minus von 4 Prozent begonnen.

Gestern zwar eine kleine Erholung, aber heute ist es wieder tiefrot.

Besonders betroffen sind die Titel der Banken wie Bavark, Erste und Reifeisen international auch Versicherungen leiden.

Das spiegelt die Unsicherheit im gesamten Bankensektor wieder.

Und das hat ja nicht mehr allein mit dem Kollaps der Silicon Valley Bank in den USA zu tun.

Nein, die Pleite der Kalifornischen Bank und anderer regionaler US-Institute hat die

Misere zwar ausgelöst, aber die heutige Talfahrt liegt vor allem an den Turbulenzen um die angeschlagene Schweizer Grossbank Credit Suisse.

Was ist da passiert? Der Chef des Saudi-Arabischen Grossinvestors, der Schweizer Bank, hat zusätzliche

finanzielle Mittel für das schon länger Krisengeplagt-Institut ausgeschlossen und das löst Ängste aus.

Die Bankenkrise könnte nach Europa überschwappen.

Laut Medienberichten hat sich die Credit Suisse schon an die Schweizer Nationalbank und die Finanzmarktaufsicht gewandt mit der Bitte um ein öffentliches Signal zur Stärkung der Bank.

Das ist also durchaus kritisch.

Auch in den USA sind die Aktienkurse der Banken jetzt am Nachmittag schon im roten Bereich und im Zuge der ganzen Affäre ist auch der Euro-Kurs am Nachmittag eingebrochen.

Ja, machen wir noch einen kurzen Blick auf morgen, da entscheidete europäische Zentralbank über die nächste Zinserhöhung wird die aktuelle Bankenkrise das beeinflussen?

Ja, es wahrscheinlich gilt, dass die EZB beim angekündigten großen Zinsschritt bleibt, also den Leitzins um 0,5% erhöht.

Sicher ist es aber bei Leib nicht mehr angesichts der heftigen Börsenturbulenzen könnte der Zinsschritt auch kleiner ausfallen, so einige Experten.

Danke Michael Feröschel aus unserer Wirtschaftsredaktion für diese Informationen.

Und wir bleiben beim Thema Geld in Großbritannien hat Finanzminister Jeremy Hunt heute im Parlament

seinen Haushaltsplan präsentiert.

Die Aussichten sind besser als erwartet.

Die britische Wirtschaft soll heuer nicht, wie zuletzt prognostiziert, in eine Rezession nicht rutschen, wird aber weiter schrumpfen.

Mit dem neuen Budget sollen die hohen Kosten für Kinderbetreuung angegangen werden und die Energiekostenbeihilfen werden verlängert.

Aus London, Sophie Ruppetz.

In London fährt heute keine U-Bahn, die Fahrer streiken, genauso wie Jungmediziner und Lehrer, die sich heute am Trafalger Square versammelt haben.

Sie alle fordern mehr Gehalt, niedrigere Lebenshaltungskosten.

Darauf geht der Finanzminister in seiner Budgetrede nur kurz ein.

Die hohe Inflation ist die Ursache für die Streiks.

Wir werden weiter hart daran arbeiten, diese Streitigkeiten beizulegen, aber nur in einer Weise, die die Inflation nicht weiter anheizt.

Denn der harte Sparkurs macht sich bezahlt, eine Rezession kann abgewendet werden.

Die UK wird jetzt nicht in eine technische Recession enthalten.

Die Teuerung von über 10 Prozent wird sich bis Jahresende mehr als halbieren.

Die Britinnen und Briten sollen mit einem Hilfspaket von rund 100 Milliarden Euro entlastet werden. Strom- und Gasrechnungen etwa werden nicht nur bis April, sondern bis in den Sommer, gedeckelt.

Dank des Brexit kann die Biersteuer in den Pups gesenkt werden, sagt Hand.

Wir schenken britisches Ehe-Warm aus, aber die Steuer auf ein Pint ist eingefroren.

Um den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen, soll etwa die Kinderbetreuung verbessert werden, denn rund eine Million Stellen sind unbesetzt.

Den Protestierenden auf der Straße dürften die vorgestellten Maßnahmen nicht ausreichen, um zurück an den Arbeitsplatz zu kehren.

Weiter jetzt nach Pakistan, wo sich der Machtkampf zwischen der Regierung von Premier Sharif und seinem gestürzten Vorgänger Imran Khan zuspitzt.

Die Polizei wollte Khan in der Millionenstadt Lahore verhaften, es kam zu schweren Zusammenstößen

mit seinen Anhängern, die sich schützend vor der Residenz von Khan versammelt hatten.

Pakistan steckt mitten in einer Politik- und Wirtschaftskrise und das mitten in einem Wahljahr.

David Kriegleder berichtet.

Die Belagerung von Imran Khans Wohnsitz dauerte über 24 Stunden.

Die pakistanische Polizei setzt Tränengas und Wasserwerfer gegen hunderte Anhänger des früheren Premieres ein.

Doch diese lassen sich nicht vertreiben und so ziehen sich die Sicherheitskräfte heute Nachmittag vorerst zurück.

Sie wollten Khan verhaften, aber wir seine Unterstützer haben Tapfer gekämpft, sagt ein junger Mann.

Gegen den früheren Cricket-Star und Ex-Regierungschef Khan liegt ein Haftbefehl vor, nachdem er einem

Gerichtstermin in der Hauptstadt Islamabad ferngeblieben war.

Khan werden Korruption, Anstiftung zur Gewalt und weitere Vergehen zur Last gelegt.

Vor knapp einem Jahr wurde er vom pakistanischen Parlament per Misstraunsvotum entmachtet.

Eine Verschwörung des Militärs unter USA, sagt Khan.

Seither arbeitet der 70-Jährige an seinem politischen Comeback bei den heuer geplanten Parlamentswahlen.

Schauen Sie sich die Umfragen an, meine Partei liegt haushoch vorne, darum wollen sie mich aus dem Weg räumen.

Vielleicht setzt die Regierung auch auf Eskalation und Unruhen, um die Wahl überhaupt zu verschieben,

sagt Khan.

Er inszeniert sich gerne als Volksnahm, Märtyrer und wurde bei einem Protestmarsch im November tatsächlich von einem Gegner in den Fuß geschossen.

Das politische Drama Pakistans wird durch eine schwere Wirtschaftskrise verstärkt.

Das 230 Millionen Einwohner-Land ist de facto pleite und ringt derzeit um einen Notkredit beim internationalen Währungsfonds.

Stromausfälle, Benzinengpässe und wachsende Armut plagen die Bevölkerung.

All das nähert islamistische Bewegungen im Land, etwa die pakistanischen Taliban.

Die Aussichten für das Land sind Düster.

Jetzt ist es 18.15 Uhr, wir kommen zurück nach Österreich.

Seit dem Vormittag sind Spezialkräfte der Wiener Polizei in der Innenstadt im Großeinsatz.

Zu den Hintergründen halten sich die Behörden aber weiter Waage.

Die Wiener Polizei hatte auf Twitter verkündet, dass religiöse Einrichtungen verschiedener Konfessionen verstärkt überwacht würden, weil es Hinweise auf Terrorpläne gebe.

Und weiter konkrete Gefahr bestehe aber nicht, Jürgen Pettinger mit dem aktuellen Stand.

Von einer Zitat, nicht näher konkretisierten Anschlagsgefahr auf Kirchen, schreibt die

Wiener Polizei heute am späten Vormittag auf Twitter.

Wenig später von Hinweisen auf islamistisch motivierte Terrorpläne gegen Übereinrichtungen und Gebetshäuser verschiedener Konfessionen.

In der Wiener Innenstadt wurden teils schwer bewaffnete Beamte in Schutzausrüstung positioniert.

Eine konkrete Gefahr bestehe aber nicht, sagt Polizeisprecher Markus Dietrich.

Bei den Maßnahmen handelt es sich um Vorsichtsmaßnahmen.

Eine konkrete Gefährdung für bestimmte Orte bzw. Objekte besteht aktuell nicht.

Sollten diese bestehen, dann wird die Wiener Polizei sofort tätig werden.

Im Laufe der letzten Stunden habe es in Wien mehrere Durchsuchungen gegeben, sagt der

Polizeisprecher etwa in einer Tiefgarage am Areal der Technischen Universität.

Konkretes Material, also konkrete Hinweise oder dergleichen sind bislang jedoch noch nicht.

Ob nach bestimmten Verdächtigen gefeindet wird, sagt der Polizeisprecher nicht.

Erst gestern hat der Chef des Verfassungsschutzes Omar Heidschabi-Pürchner in einer Pressekonferenz

noch betont, dass es zwar in ganz Europa eine erhöhte Terrorgefahr gebe, aber Österreich derzeit nicht betroffen sei.

Wir reden hier nicht von einer konkreten Gefahr aktuell für Österreich.

Das heißt, wir sehen keine konkreten Anschlagsvorbereitungen für Österreich.

Heute auf seine gestrige Aussage und die Polizeiaktion in Wien angesprochen, meint der Verfassungsschutzchef,

dass sich die Bedrohungslage eben schnell ändern könne.

Er betont aber neuerlich, dass es weiterhin keine konkreten Hinweise gebe, wo genau ein Anschlag geplant wäre.

Laut Wiener Polizei bleibt der Überwachungseinsatz in der Innenstadt vorerst aufrecht.

Die Sozialorganisationen Hilfswerk Caritas und Maltese kritisieren die Fördererhöhung für die 24-Stunden-Pflege.

Die wurde Anfang Jänner um 90 Euro pro Monat erhöht als Teuerungsausgleich.

Allerdings war es die erste Erhöhung in 16 Jahren.

Die Hilfsorganisationen sprechen von Almosen und fordern mehr Geld, denn sie befürchten, dass Betreuerinnen und Betreuer abwandern oder schwarz arbeiten könnten.

Bernd Kuschu informiert.

Die Zahl der 24-Stunden-Pflegekräfte ist schon gesunken.

Laut den Hilfsorganisationen Betreuungspersonen aus Südosteuropa wandern ab etwa nach Deutschland.

wenn sie dort mehr verdienen.

Manche Familien können sich zwei Pflegekräfte nicht mehr leisten, die sich im 14-Tage-Turnus abwechseln und übernehmen selbst einen Turnus, sagt Maltese-Geschäftsführer Helmut Lutz und erfürtet...

... das etliche Betreuungspersonen einfach in den Schwarzmarkt wieder abwandern.

Es gibt Facebook-Gruppen, wo ganz klar auch darüber gesprochen wird.

16 Jahre lang hat die Förderung 550 Euro monatlich betragen.

Per Anfang Jänner haben Bund und Länder auf 640 erhöht, aber Hilfswerks-Geschäftsführerin Elisabeth Anselm fordert...

... nicht ein Almosen von 90 Euro, sondern eine echte Valorisierung und das hieße, dass wir 800 Euro erreichen müssen.

Eine Förderung gibt es bisher ab einem Einkommen unter 2.500 Euro.

Das Hilfswerk fordert als neue Grenze 3.500.

Vier Klimaaktivisten der letzten Generation sind mit ihrer Beschwerde gegen Geldstrafen vor dem Landesverwaltungsgericht in Linz abgeblitzt.

Die Aktivisten hatten die Strafe von der Landespolizei erhalten, wollten die selber nicht zahlen. Jürgen Freimuth berichtet.

Vier Aktivisten haben sich Ende November in Linz auf Straßen festgeklebt, dafür haben sie Verwaltungsstrafen in der Höhe von mehreren 100 Euro bekommen, weil die Aktivistinnen und Aktivisten die Polizei zunächst aber nur um eine Reduzierung der Summe gebeten, die Strafe als solcher damals nicht bekämpft haben, seit diese rechtskräftig geworden und die Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht daher abzuweisen gewesen, so die Begründung in einer öffentlichen Verhandlung am Vormittag.

Die grundsätzliche Erklärung konnte damit in diesem Verfahren nicht erfolgen, jedoch ist bereits vergangenen Freitag eine Aktivistin mit ihrer Beschwerde in Tirol gescheitert. Auch sie hatte wegen Teilnahme einer nicht angemeldeten Versammlung und nicht verlassen es nach Auflösung der Versammlung eine Geldstrafe von der Polizei erhalten, die sie nicht bezahlen wollte.

In Österreich gibt es beim Thema Wundversorgung Verbesserungsbedarf.

250.000 Menschen haben hierzulande eine chronische Wunder, jedes Jahr kommen 70.000 neue Fälle dazu.

Aber nur 15 Prozent der Betroffenen sind adäquat durch modernes Wundmanagement und heilungsfördernde Materialien, versorgt, Barbara Reichmann berichtet.

Eine Verletzung im Haushalt beim Sport oder durch langes Liegen, vor allem in Kombination mit anderen Erkrankungen wie Diabetes können sich Wunden entwickeln, die schlecht verheilen, sagt Martina Laschet, Sprecherin der Initiative Wundgesund.

Diese Patienten, die leiden, die haben Schmerzen, die sind abhängig von Angehörigen.

Hinzu kommt, dass professionelles Wundmanagement oft privat bezahlt werden muss, selbst wenn es ärztlich verordnet wird, kritisiert die Präsidentin des österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes Elisabeth Potzmann.

Allein diese Kostenübernahme erfolgt nicht, das heißt der Griff in die Geldbörse.

Doch adäquate Wundversorgung sollte für alle zugänglich sein und nicht nur für jene, die es sich leisten können, so Potzmann.

Je früher man mit professioneller Behandlung beginnt, desto höher ist die Chance, dass eine Wunde nicht größer wird, sondern bald verheilt.

Und zum Abschluss gibt's jetzt noch Sportliches in diesem Abendjournal.

An ihrem 34. Geburtstag, genau 16 Jahre nach ihrem ersten Weltkabinnen, hat heute die Alpine Skirenläuferin Nicole Schmiedhofer ihren Rücktritt bekannt gegeben.

Morgen im Super-G wird die Steirerin noch ein letztes Mal starten.

Am Ende war das doch ein überraschendes Karriereende, Adi Niederkorn.

Ja schon im Ende ein Quartiner hat Schmiedhofer darüber nachgedacht, als sie in der internen Abfahrtsqualifikation gescheitert ist und das als ehemalige Abfahrts-Weltmeisterin und Weltkapsiegerin.

Neben vier Weltkapsiegen ihre absoluten Karriere-Highlights.

Emotional gesehen war's der Weltmeistertitel, weil's so überraschend war, weil meine Eltern dabei waren.

Und sportlich gesehen ist das die Abfahrtskugel, weil's einfach eine ganze Saison sehr gut war mit einer Kugel und einem zweiten Platz im Super-G.

Der Knackpunkt war der Sturz im Dezember 2020 im Wald, sehr mit den schweren Verletzungen. Danach nochmals zurückzukehren war ihr größter Sieg.

Wo die Ärzte gesagt haben, wir sind froh, wenn du wieder gehen kannst und die sich anschauen sagst, ich geh aber wieder Skifahren.

Ich bin nicht ganz an die Weltspitze zurückgekommen, aber ich bin teilweise extrem gut mitgefahren.

Jetzt ist Schmiedhofer nicht mehr bereit, das letzte Risiko einzugehen.

Bei der jetzt ins Nachrichtenstudio zur Rasana, Sarah und den Meldungen.

Die USA gehen nicht davon aus, dass Russland die Drohne über dem Schwarzen Meer gestern absichtlich zum Absturz gebracht hat, das sagt das Außenministerium in Washington vor kurzem.

Der Konflikt zwischen den beiden Ländern drohte sofort zu eskalieren.

Russland hatte die USA nach dem Zwischenfall gewarnt, sich von seinem Hoheitsgebiet fernzuhalten und bestritten für den Drohnenabsturz verantwortlich zu sein.

Die Türkei gibt offenbar grünes Licht für den NATO-Beitritt Finnlands.

Der finnische Präsident Niniste reist am Freitag nach Ankara und rechnet dort nach eigenen

Angaben damit, dass die Türkei den Beitrittswunsch seines Landes bestätigt.

Finnland will genauso wie Schweden seit Beginn des russischen Angriffskrieges aus Sicherheitsgründen

dem westlichen Militärbündnis beitreten.

Dem Beitritt Schwedens blockiert die Türkei bisher aber weiter.

Im Malawi, Mozambik und Madagaskar ist die Zahl der Todesopfer nach dem Tropensturm Freddie auf über 260 gestiegen.

Am stärksten betroffen ist das stark verammte Malawi, dort wurde der Katastrophenfall ausgerufen.

Der Sturm dauert schon ungewöhnlich lang an, er hat am Freitag zum zweiten Mal innerhalb eines Monats eine Spur der Verwüstung durch den Südosten Afrikas gezogen.

Die Sterblichkeit in Österreich bleibt auf hohem Niveau knapp 92.000 Menschen sind 2022 verstorben.

Die häufigste Todesursache waren Herz-Kreislauferkrankungen, gefolgt von Krebs.

Die Corona-Trodesfälle liegen auf dritter Stelle, sie machen rund 7 Prozent aus, das ist ein leichter Rückgang.

Die öffentliche Hand hat 2022 mehr als 200 Millionen Euro für Inseratin-Medien ausgegeben.

Im Vergleich zu den beiden Vorjahren ist das ein Rückgang, insgesamt ist es aber der drithöchste Wert bei den Werbeausgaben seit 2012, das zeigen die neuen Medien-Transparenz-Daten.

Unter den Ministerien hat das Klimaschutzministerium von Leonore Gewessler am meisten Verwerbung

ausgegeben.

Die EU verlost wieder 35.000 Interrail-Tickets an 18-Jährige auf der Website des Europäischen Jugendpartals, können sich interessiert ab heute zwei Wochen lang bewerben, während die Ticke der Gartanville-Muskwiss-Fragen beantworten.

Das Wetter wird morgen von der Früh weg überwiegend sonnig, gelegentlicher bei ein paar harmlose

Wolkenfelder, Anfangsfrostig, tagsüber maximal 5 bis 11 in Vordelberg, Tirol und Kärnten bis zur 14 Grad.

Vielen Dank, Sascha Schienold-Technik, Helene Silmann-Regie und Martina Pechile im Studio, ihr Abendjournalteam sagt Danke fürs Zuhören, weiter geht's jetzt mit Astrid Plankhund, den Gästen.